
FDP Bad Vilbel

UMWANDLUNG VON MIET- IN EIGENTUMSWOHNUNGEN

03.06.2020

Reimann: „Hessen braucht nicht mehr Regulierung des Wohnungsmarktes, sondern mehr Investitionen in neue Wohnungen. Symbolpolitik hilft nicht!“

Frankfurt am Main. „Die Ankündigung des hessischen Wohnungsministers Tarek Al-Wazir, dass 31 Städte der Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung zustimmen müssen, ist ein abschreckendes Signal an die Eigentümer von Wohnungen, private Vermieter und potenzielle Bauherren. Wir brauchen jetzt mehr und bessere Anreize für neue Investitionen in neue Wohnungen. Der Wohnungsmangel im Ballungsraum muss abgebaut werden. Durch das Umwandlungsverbot entsteht aber nicht eine einzige neue Wohnung. Das ist reine Symbolpolitik“, kritisierte Thomas Reimann, Vorsitzender des Bau- und Immobilienausschusses der VhU.

„In den hessischen Ballungsräumen gibt es einen Mangel an günstigen Wohnungen. Hauptgrund hierfür sind die fehlenden Bauflächen, nicht ein Mangel an Regulierung. Die weiter zunehmende Regulierung des Wohnungsmarkts führt dazu, dass private Investitionen in Mietwohnungen unattraktiver werden. Der Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist abzuschaffen. Zudem sollte Hessen auch die Verschärfung der Kündigungssperrfrist auf 8 Jahre rückgängig machen: Der Schutz von Mietern über 5 Jahre nach Verkauf einer Wohnung ist ausreichend. Beide Regelungen bremsen private Investitionen in neue und bestehende Wohnungen. Minister Al-Wazir sollte besser Anreize schaffen, dass mehr private Investitionen in Wohnungen fließen“, fasste Reimann zusammen.